



## Aktionstag offene Kinder- und Jugendarbeit

### **Kreis-Kinder- und Jugendring Harz e.V. appelliert: „Wir haben keine Zeit mehr!“**

Es ist laut auf dem Fischmarkt in Halberstadt, als Kinder, Jugendliche und Mitarbeiter sowie Mitarbeiterinnen aus dem Themenfeld „offene Kinder- und Jugendarbeit“ auf ihre Situation aufmerksam machen. Und hier liegt bereits ein Problem: Ohne Krach ist diese wichtige soziale Arbeit für die meisten unsichtbar.

Der Auftakt zum Aktionstag der offenen Kinder- und Jugendarbeit, zu dem der Kreis-Kinder- und Jugendring eingeladen hatte, sorgte für einiges Aufsehen in der Innenstadt. Die Vertreter verschiedener Einrichtungen, wie aus dem Jugendfreizeitzentrum „Rolle“ in Halberstadt, aus der Reichenstraße in Quedlinburg, aus dem Sozialzentrum-Bode e. V. in Thale und weitere, unterstützten mit Trommeln und Trillerpfeifen.

Und warum der ganze Lärm? Angelika Arndt, Vorsitzende des Kreis-Kinder- und Jugendrings und Pauline Peschel, sozialpädagogische Fachkraft, brachten es deutlich auf den Punkt: Ändert sich nicht sehr bald etwas in der offenen Kinder- und Jugendarbeit – allen voran in der Finanzierung – dann wird es bald sehr still.

Was das konkret bedeutet, darum geht es anschließend im Rathaussaal der Stadt Halberstadt. Unter Schirmherrschaft des Landrats Thomas Balcerowski, diskutieren Vertreter des Kinder- und Jugendarbeit gemeinsam mit Politikern und Vertretern verschiedener Kommunen.

Pauline Peschel, die gemeinsam mit Angelika Arndt moderiert, erinnert daran, dass die Jugendarbeit und -hilfe im SGB VIII als Pflichtaufgabe verankert sei. Der Landkreis komme dieser in gewissem Maße nach. „Viele Kommunen sehen es als freiwillige Aufgabe“, erklärt sie.

Dabei seien die Herausforderungen enorm. Größtes Problem: der Fachkräftemangel. Die Betreuer beklagen Überlastung und fehlende Kapazitäten. An ausgebildeten Leuten fehle es in vielen Branchen, die offene Kinder- und Jugendarbeit steht jedoch besonders schlecht da: Sie hat keine Lobby, muss insbesondere im Landkreis Harz ein großes, ländlich geprägtes Gebiet abdecken und ist nicht ausreichend refinanziert. Befristete Verträge verschärfen diese Problematik zusätzlich.

„Sachsen-Anhalt bezahlt am zweitschlechtesten im Bundesdurchschnitt“, nennt Peschel einen konkreten Vergleich. Freie Träger zahlten hier im Durchschnitt zwölf Prozent weniger als im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Auf die Frage, warum es sich lohnt, gerade hier zu arbeiten, wird es immer schwieriger, eine überzeugende Antwort zu geben.

Evelyn Zinke, Vorsitzende des Anti-Gewalt-Zentrums der Stadt Oberharz, erklärt, es sei wichtig, dass überhaupt erst einmal gesehen werde, „was wir leisten“. Sie fühle sich in der Jugendarbeit allein und vermisse das Gefühl, unterstützt zu werden. Sie sei gemeinsam mit einem Kollegen für die gesamte Stadt Oberharz zuständig. Auch fürchte sie, dass ihre Stelle nicht nachbesetzt werde, wenn sie in drei Jahren gehe.

„Es fehlt eine institutionelle Förderung“, beklagt zudem Detlef Tichatschke, Vorsitzender des Fördervereins Natur- und Umweltzentrum Quedlinburg e.V. Eine Überarbeitung der Jugendförderrichtlinie sei dringend nötig, denn seit zig Jahren blieben die Beiträge unverändert. Es werden Personal und Sachkosten in der Förderrichtlinie des Landkreises berücksichtigt, aber die Grundlagen müssten die Träger irgendwie selbst finanzieren. „Wir sind teilweise auf Spenden angewiesen, um laufende Kosten zu decken!“

Diana Kolic vom Jugendfreizeitzentrum Rolle in Halberstadt berichtet: „Die Kinder haben großen Redebedarf.“ Sie würden zuhause nicht mehr gehört und auch ihre Ansichten und ihre Jugendkultur würden dort und in der Schule nicht anerkannt. „Der Jugendclub ist deshalb der Blitzableiter“, sagt sie. Aber gerade hier fehle das Geld, um Kinder und Jugendliche aufzufangen.

Klaus Buchholz, Verantwortlicher des Sachgebiets Jugend und Sport der Stadt Quedlinburg und Leiter des Kinder- und Jugendbüros, sagt: „Wir sollen immer die Feuerlöscher sein, aber haben nicht die gleiche Rechtsstellung wie Hilfen zur Erziehung oder Kindertagesstätten“, sagt er. Die politische Unwahrheit sei, dass es für die offene Kinder- und Jugendarbeit im Gegensatz zu anderen Bereichen keinen Rechtsanspruch gebe. So sei Schulsozialarbeit beispielsweise nicht einklagbar. Die Stellen seien nicht ausfinanziert, die Verträge immer befristet.

Cornelia Braune, Sozialzentrum Bode e.V. in Thale, verweist auf den bestätigten Planungsbericht und die offizielle Jugendhilfeplanung. Laut dieser müssten Planungsregionen mit Kompetenzstellen gebildet werden, die den nötigen Fachkräften ausgestattet werden. „Wir müssen das alle gemeinsam vorwärts bringen“, sagt sie. Das schließe auch ein, zu klären, wer genau zu Fachkräften gezählt werde und welche zusätzlichen Qualifikationen hier zugelassen sein sollten. „Wir müssen das, was wir beschlossen haben auch mit Leben füllen“.

Thomas Balcerowski glaubt, dass genug Geld vorhanden sei. Die Frage, die sich stelle, sei jedoch, wie dieses Geld verteilt würde. Man müsse die Diskussion über Geld umdrehen. Er sagt, würden konkrete Lösungsansätze gefunden und entwickelt, „findet sich das Geld schon.“ Er könne sich nicht vorstellen, dass gute Ideen nicht auch umgesetzt werden könnten.

Abschließend fasst Angelika Arndt die Gesprächsrunde zusammen. Sie nehme die Aufforderungen „Schließt euch zusammen, werdet konkret“ mit. Oberstes Ziel müsse sein, die Politik dazu zu bewegen, das Problem zu verstehen. Die Lösung dafür sollen jedoch nicht allein andere finden. „Wir sind auch mit in der Verantwortung, Wege zu finden“, stellt sie klar. Sie kündigt deshalb an, der Kreis-

Kinder- und Jugendring wird im ersten Quartal 2024 eine Arbeitsgruppe ins Leben rufen, an der Gesprächspartner aus Verwaltung, Politik, Kinder und Jugendliche und natürlich Träger teilnehmen sollen. Arndt appelliert: „Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren!“